

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Beigeordneter Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Walther Schäfer

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Ulf Berner

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Thomas Lehmann

Ratsmitglied Darwin Reinhard
Beigeordneter Dr. Günther Schulte
Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Detlef Stump

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder
Stadtbaurat Nikša Marušić
Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth
Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow
Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel
Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Martin Ehlers
Ratsmitglied Torsten Kastrioti
Ratsmitglied Yannick Lonkai
Ratsmitglied Thorsten Moriß
Ratsmitglied Jens Stoffers
Ratsmitglied Michael von den Berg

als Gast

Geschäftsführung Wirtschaftsförderung GmbH Alexander Leonhardt
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH Stefan Schwanke

A. Nichtöffentlicher Teil

B. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

7	Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil	
8	Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.02.2025	
9	Einwohnerfragestunde I	
10	Aktuelle Stunde	
11	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
12	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
13	Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)	
13.1	Neubesetzung Gremien und Ausschüsse (auf Antrag von Beigeordnetem Heinemann)	
13.2	Änderung der Hauptsatzung	67/2025
13.3	Ehrenamtliche/-r Richter/-in beim Sozialgericht Oldenburg	74/2025
13.4	Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten	85/2025
13.5	Besetzung einer weiteren Arbeitsgruppe „Machbarkeitsstudie Klinikum“ – AG II	92/2025
13.6	Antrag Beigeordneter Tönjes auf Aufnahme eines Tagesordnungspunktes "Unterrichtung aus der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH über bevorstehende bedeutende Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung gemäß § 138 Abs. 4 NKomVG"	516/2025
14	Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat	
14.1	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Burkhart)	
14.1.1	Strategie Wilhelmshaven/Friesland	63/2025
14.1.2	Strukturwandel Kohleausstieg, Besetzung Lenkungsausschuss	66/2025
14.2	Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Beigeordneter Bulla)	
14.2.1	Antrag der Fraktionen CDU und SPD und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Stellenbewertung durch externe Gesellschaft ab EG 12/A 12	578/2024
14.2.2	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Digitalisierung und Stellensituation in der Wohngeldstelle	500/2025
14.2.3	Antrag SPD-Fraktion: Anpassung der Stellenbewertung für Reinigungskräfte	508/2025
14.3	Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)	
14.3.1	Bebauungsplan Nr. 189, 2. Änderung -Westlich Neckarstraße - Besucherzentrum - 1. Behandlung der Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss	59/2025
14.3.2	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Jadeallee /Wiesbadenbrücke" - Beschluss zur fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht	64/2025
14.3.3	Aufhebung Bebauungsplan Nr. 11 - Neubebauung Peterstraße 86	65/2025
14.3.4	Neuerstellung Mietspiegel	73/2025
14.4	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (Ratsfrau Schröder)	
14.4.1	Freiwillige Finanzierung des Anteils an Schulbildung in Tagesbildungsstätten	42/2025
14.5	Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)	
14.5.1	Übertragung der Unterhaltspflicht eines Gewässers III. Ordnung Nr. 18a von der Sielacht Rüstringen auf die Stadt Wilhelmshaven	2/2025
14.5.2	Radverkehrskonzept der Stadt Wilhelmshaven	52/2025
14.5.3	Antrag SPD-Fraktion: Maade Rad- und Wanderweg	509/2025
14.6	Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)	
14.6.1	2. Fortschreibung der Spielraumplanung für 2024 bis 2028	4/2025
14.6.2	Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven	69/2025
14.7	Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)	
14.7.1	Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2024 bis 2033	77/2025
15	Anträge	
15.1	Antrag CDU-Fraktion: Nutzung von Fitnessseinrichtungen der Berufsfeuerwehr für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in Wilhelmshaven	512/2025
16	Einwohnerfragestunde II	

7 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Herr Becker machte auf die per Nachtragseinladung hinzugefügten Tagesordnungspunkte aufmerksam.

Herr Brandt vermisste den Wirtschaftsplan 2025 des Klinikums, der vom Geschäftsführer für diese Sitzung angekündigt gewesen sei.

Herr Bruns informierte, dieser befinde sich noch in der Abstimmung mit dem Beteiligungsmanagement. Er gehe davon aus, dass der Wirtschaftsplan in der nächsten Ratssitzung vorliegen werde.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils wird in der vorliegenden Form festgestellt.

8 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.02.2025

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.02.2025 wird genehmigt.

9 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

10 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

11 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Oberbürgermeister Feist informierte über den im Verwaltungsausschuss am 10.03.2025 einstimmig bei einer Enthaltung gefassten Beschluss zum Thema „Verwendung Kohlestrukturhilfen; Befürwortung des STARK-Antrages für das Vorhaben "Energieeffiziente Herstellung von Bauteilen für Batterien und Windturbinen" der acs Coating Systems GmbH" und erläuterte den Sachverhalt. Der Kreistag habe dem ebenfalls bereits zugestimmt.

12 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist berichtete über die folgenden Themen:

1) Ratsinformationssystem

Neben den seit längerer Zeit bestehenden Problemen mit dem Ratsinformationssystem habe nunmehr der Anbieter seinen Marktaustritt bekannt gegeben. Es werde daher mit Hochdruck an der Beschaffung eines neuen Systems gearbeitet. Über den aktuellen Sachstand sei in der letzten Sitzung des Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschusses berichtet worden. Um in der Zwischenzeit eine dauerhaft tragbare Ersatzlösung anbieten zu können, werden ab sofort die digitalen Sitzungspakete zu jeder Ausschuss- und jeder Ratssitzung in die städtische Cloud hochgeladen.

2) Eingabe bei der Kommunalaufsicht bezüglich Bürgerentscheid Stadthalle

Rund um den Bürgerentscheid zum Neubau einer Stadthalle im Pumpwerkpark sei die Verwaltung aus den Kreisen der Bürgerinitiative und ihrem Umfeld mit verschiedenen Vorwürfen konfrontiert worden. Im Zuge dessen habe eine Person auch die Kommunalaufsicht eingeschaltet. Die Stellungnahme der Kommunalaufsicht liege mittlerweile mit dem folgenden Ergebnis vor:

In keinem der vorgetragenen Punkte habe ein Gesetzesverstoß oder unrechtmäßiges Verhalten der Verwaltung festgestellt werden können. Weder er selbst oder andere Personen der Stadtverwaltung hätten persönlich gegen das Sachlichkeitsgebot verstoßen, noch sei die Einrichtung einer eigenen Webseite unerlaubt gewesen. Eine vermeintliche Ungleichbehandlung der Bürgerinitiative sei für das MI ebenfalls nicht ersichtlich gewesen.

Das vom MI hinzugezogene Kultusministerium habe gleichfalls keinen Verstoß gegen den sogenannten Schul-Erlass festgestellt.

Auch die Vorwürfe, der Bürgerentscheid sei rechtswidrig durchgeführt worden, wurden von der Kommunalaufsicht zurückgewiesen. Weder seien Anhaltspunkte für ein fehlerhaftes Wahllokalverzeichnis zu erkennen, noch seien Wahlbenachrichtigungen in relevanter Menge nicht zugestellt worden oder die Wahlhelfenden unzureichend geschult worden.

Ferner habe das MI festgestellt, dass es der Verwaltung zustehe, über die Sozialen Medien für ihren Standpunkt zu werben, und dass in der Formulierung eines Beitrages bei Facebook zur Öffnung der Abstimmungslokale am Wahltag kein Verstoß gegen das Sachlichkeitsprinzip zu erkennen sei.

3) Turmfahrten

Ab April würden jeweils am dritten Donnerstag im Monat Fahrten auf den Rathausturm angeboten. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten könnten jeweils acht Personen gleichzeitig auf den Turm. Da die Gruppen jeweils von zwei Auszubildenden begleitet würden, könnten somit zusätzlich weitere sechs Gäste mitgenommen werden. Eine Tour dauere 20 Minuten.

Für die Touren gebe es jedoch folgende Einschränkungen:

1. Die Gruppe fahre gemeinsam mit dem Fahrstuhl nach oben und wieder nach unten. Wer nicht Fahrstuhl fahren könne oder Probleme damit habe, mit bis zu sieben anderen Personen in einem Fahrtstuhl zu sein, könne nicht mitfahren.
 2. Der Turm sei nicht barrierefrei erreichbar, da der Weg zur Aussichtsplattform selbst nur über eine Treppe führe.
- Karten für Turmfahrten müssten im Vorfeld erworben werden – entweder an einer der offiziellen Kartenvorverkaufsstellen oder online. Eine Fahrt koste pro erwachsener Person 5 Euro, Kinder bis einschließlich 12 Jahre zahlten 2,50 Euro.

4) Katasteramt

Eine Anfrage seinerseits beim MI hinsichtlich des möglichen Standortwechsels sei bisher noch nicht beantwortet worden.

13 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Block)

13.1 Neubesetzung Gremien und Ausschüsse (auf Antrag von
Beigeordnetem Heinemann)

Herr Heinemann erklärte, dass Frau Christel Kleinow aus dem Seniorenbeirat ihren Sitz mit beratender Stimme im **Ausschuss für Kultur und Wissenschaft** niederlege. An ihre Stelle tritt dort Frau Marion Reiners.

Herr Bulla teilte mit, dass der Sitz vom ausgeschiedenen Ratsmitglied Michael Kiesewetter im **Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen** nunmehr von Ratsherrn Olaf Fischer wahrgenommen werde. Den Sitz von Herrn Kiesewetter im **Ausschuss für Sport** übernehme Ratsfrau Dr. Angela Kirstges.

Den Umbesetzungen wurde einstimmig zugestimmt.

13.2 Änderung der Hauptsatzung

67/2025

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.03.2025 vor.

Herr Brandt und **Herr Burkhart** bedauerten die festgelegte ausschließliche digitale Bekanntmachung.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Mandt** erklärte **Herr Marušić**, dass eine per Gesetz vorgesehene Veröffentlichung von rechtskräftigen Bauleitplänen auch weiterhin in der Zeitung erfolge.

Frau Schröder beantragte die folgende **Änderung**:

„Weiterhin Veröffentlichung der Bekanntmachungen in den Printmedien.“

An der Diskussion über den Änderungsantrag und zur Frage der ausschließlich digitalen Bekanntmachungen beteiligten sich **Herr Dr. Weithöner, Herr Tönjes, Frau Mandt, Herr Bulla und Herr Schön.**

Oberbürgermeister Feist stellte klar, es gehe hier lediglich um die Präzisierung der ortsüblichen Bekanntmachung, nicht aber um die Frage der digitalen Bekanntmachung.

Herr Schönfelder beantwortete eine Nachfrage von Herrn Tönjes dahingehend, dass die Möglichkeit zur öffentlichen Bekanntmachung erweitert werden solle. Dabei werde nicht darauf abgezielt, gewerblichen Anbietern die Möglichkeit zur Veröffentlichung einzuräumen.

Herr Bruns ging auf die Frage der Kosteneinsparungen ein: Laut Haushaltskonsolidierungskonzept 2023/2024 seien Einsparungen in Höhe von 5.000,- € / Jahr eingeplant gewesen. Eine Veröffentlichung in der Zeitung sei bereits seit dem letzten Doppelhaushalt gar nicht mehr vorgesehen.

Herr Tönjes beantragte daraufhin die **Vertagung** dieses Tagesordnungspunktes, um den Sachverhalt näher zu prüfen.

Der Vertagungsantrag wurde bei 23 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen.**

Abschließend stellte **Herr Tönjes** im Rahmen einer persönlichen Erklärung fest, er halte es für bedauerlich und unanständig, wenn Anträge „ausgelacht“ würden.

Beschluss: vertagt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung.

13.3 Ehrenamtliche/-r Richter/-in beim Sozialgericht Oldenburg **74/2025**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.03.2025 vor.

Herr Heinemann schlug für die CDU-Fraktion Herrn Thomas Kühnemann vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Oldenburg wird vorgeschlagen:

Herr Thomas Kühnemann.

13.4 Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten**85/2025**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.03.2025 vor.

Herr Tönjes beantragte die **Vertagung** aufgrund weiteren Klärungsbedarfs.

Oberbürgermeister Feist appellierte, dem Geschäftsordnungsantrag nicht zuzustimmen. Die Gleichstellungsbeauftragte habe darum gebeten, von ihren Aufgaben entbunden und in den Fachbereich „Umwelt- und Klimaschutz“ versetzt zu werden. Dort gebe es personelle Engpässe, die mit der Versetzung von Frau Biela entschärft werden könnten. Für die Übergangszeit würden ihre gesetzlichen Aufgaben als Gleichstellungsbeauftragte durch eine Vertretung wahrgenommen werden.

Herr Tönjes stellte fest, dass in der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen weder der Oberbürgermeister anwesend gewesen, noch eine solche Aussage dort getätigt worden sei.

Auf Wunsch des Ratsvorsitzenden teilte **Herr Bulla** als Vorsitzender des Ausschusses mit, dass Frau Biela sich in der Ausschusssitzung zum Thema geäußert habe, der Oberbürgermeister jedoch nicht anwesend gewesen sei.

Herr Block zeigte sich verwundert: es sei nicht das erste Mal, dass die Gleichstellungsbeauftragte innerhalb eines kurzen Zeitraumes das Amt abgebe. Hier stelle sich die Frage nach den Gründen. Um dies zu erkunden, kündigte er einen Fragekatalog an.

Frau Sanchez Mengeler erklärte, im Ausschuss seien die aufgeworfenen Fragen nicht wie gewünscht beantwortet worden. Daher werde mehr Zeit für die Aufklärung des Sachverhaltes benötigt.

Herr Stump verlieh seinem Unverständnis gegenüber der hier geführten Diskussion Ausdruck. Ihm stelle sich die Frage, warum dem Wunsch von Frau Biela nicht nachgekommen werde.

Frau Mandt kündigte an, die CDU-Fraktion werde den Vertagungsantrag ablehnen. Dem Wunsch der Gleichstellungsbeauftragten solle entsprochen werden, besonders vor dem Hintergrund der bestehenden personellen Probleme im Fachbereich „Umwelt- und Klimaschutz“. Frau Biela sei dort bereits beschäftigt gewesen und könne somit unmittelbar für Entlastung sorgen. Daher sollte ihrem Wunsch entsprochen werden.

Frau Dr. Kirstges schlug vor, dem Wunsch der Gleichstellungsbeauftragten zu entsprechen und dennoch gleichzeitig den Sachverhalt aufzuarbeiten.

Herr Burkhardt warf die Frage auf, ob Frau Biela auch nach ihrer Abberufung noch frei berichten könne.

Herr Schönfelder erklärte, die Gleichstellungsbeauftragte könne in ihrer Funktion vor ihrer Abberufung direkt befragt werden. Es sei jedoch auch möglich, Fragen im Rahmen eines Auskunftersuchens an den Oberbürgermeister klären zu lassen. Hier wolle er außerdem darauf hinweisen, dass die Gleichstellungsbeauftragte nicht selbst kündigen könne, sondern eine Abberufung durch den Rat zu erfolgen habe, so wie auch die Einsetzung allein durch den Rat erfolge.

Heute liege zwar der Wunsch von Frau Biela auf Abberufung vor, jedoch sei noch keine Nachfolge bestimmt. Für den Übergang sei eine Stellvertretung vorgesehen, welche jedoch bereits erklärt habe, diese Funktion nicht ausüben zu wollen.

Herr Burkhardt warf die Frage auf, ob bei einer Abberufung am heutigen Tag die Gleichstellungsbeauftragte weiterhin bis zum 30.04.2025 ihre vollen Befugnisse besitze.

Dies wurde vom **Ratsvorsitzenden** bejaht.

Oberbürgermeister Feist sagte zu, dass Frau Biela sich auch nach ihrer Abberufung im Rat äußern werde, sollte Wunsch bestehen. Verwaltungsseitig unterliege sie keinen Einschränkungen.

Der Vertagungsantrag wurde anschließend bei 21 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: vertagt

Frau Nicole Biela wird mit Ablauf des 30.04.2025 als Gleichstellungsbeauftragte abberufen.

13.5 Besetzung einer weiteren Arbeitsgruppe „Machbarkeitsstudie Klinikum“ – AG II **92/2025**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.03.2025 vor.

Herr Tönjes beantragte für die Gruppe „Gemeinsam BUNT“ gemeinsam mit der SPD-Fraktion die folgende Änderung:

„Der Rat beschließt:

Zur Entgegennahme und ersten Beratung der Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung bildet der Rat eine weitere Arbeitsgruppe (AG II), die weitestgehend der Größe und Gewichtung des Verwaltungsausschusses entspricht und der folgende Mitglieder angehören:

- *Oberbürgermeister Carsten Feist*

- *Erster Stadtrat und Vorsitzender des Aufsichtsrates des Klinikums Armin Schönfelder*
- *Geschäftsführer des Klinikums Norman Schaaf*

Für die Gruppen und Fraktionen werden folgende Personen entsandt:

- *SPD-Fraktion (3):*
- *Gruppe Gemeinsam BUNT (3):*
- *CDU-Fraktion (2):*
- *Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP und FW (2).....*
- *Fraktion AfD (1):*

Es gilt die Vertretungsregelung der Fraktionen und Gruppen.“

Herr Reinhard sah keinen Bedarf für eine weitere Arbeitsgruppe.

Frau Mandt hielt den Änderungsantrag aufgrund der vorgesehenen Vertretungsregelung durch die übrigen Fraktionsmitglieder für schwierig. Bei einem solch wichtigen Thema halte sie eine mögliche häufig wechselnde Besetzung für nicht zielführend.

Herr Baruschke erklärte, es solle mit der Änderung die paritätische Verteilung der Sitzung erwirkt werden. Noch besser wäre es gewesen, wenn der gesamte Aufsichtsrat teilgenommen hätte. Die vorgeschlagene Besetzung resultiere aus dem Wunsch seitens des Landkreises Friesland nach einem kleineren Teilnehmerkreis.

Herr Bulla machte darauf aufmerksam, dass die Arbeitsgruppe ohnehin nur einmal tagen werde und keine Entscheidungen fälle. Aus diesem Grunde halte er die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe für eher zweitrangig.

Herr Tönjes stimmte dem zu und sah daher den Änderungsantrag als unschädlich.

Dem Änderungsantrag wurde bei 25 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Anschließend wurde die Besetzung wie folgt festgelegt:

- SPD-Fraktion (3): Volker Block, Kristian Stoermer, Manuel Baruschke
- Gruppe Gemeinsam BUNT (3): Martin Burkhardt, Frank Uwe Walpurgis, Petra Stomberg
- CDU-Fraktion (2): Uwe Heinemann, Olaf Werner
- Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP und FW (2): Markus Bulla, Dr. Angela Kirstges
- Fraktion AfD (1): Detlef Stump (Vertreter: Thorsten Moriß).

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 37 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)

Zur Entgegennahme und ersten Beratung der Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung bildet der Rat eine weitere Arbeitsgruppe (AG II), **die weitestgehend der Größe und Gewichtung des Verwaltungsausschusses entspricht und** der folgende Mitglieder angehören:

- Oberbürgermeister Carsten Feist
- Erster Stadtrat und Vorsitzender des Aufsichtsrats des Klinikums Armin Schönfelder
- Geschäftsführer des Klinikums Norman Schaaf

Für die Gruppen und Fraktionen werden folgende Personen entsandt:

- SPD-Fraktion (3): Volker Block, Kristian Stoermer, Manuel Baruschke
- Gruppe Gemeinsam BUNT (3): Martin Burkhardt, Frank Uwe Walpurgis, Petra Stomberg
- CDU-Fraktion (2): Uwe Heinemann, Olaf Werner
- Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP und FW (2): Markus Bulla, Dr. Angela Kirstges
- Fraktion AfD (1): Detlef Stump (Vertreter: Thorsten Moriß)

Es gilt die Vertretungsregelung der Fraktionen und Gruppen.

- 13.6 Antrag Beigeordneter Tönjes auf Aufnahme eines Tagesordnungspunktes "Unterrichtung aus der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH über bevorstehende bedeutende Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung gemäß § 138 Abs. 4 NKomVG" **516/2025**

Herr Tönjes informierte, dass die Gesellschafterversammlung mit den für ihn relevanten Tagesordnungspunkten „Jahresabschluss 2023“ und „Entlastung des Aufsichtsrates“ abgesagt worden sei.

- 14 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

- 14.1 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen
(Beigeordneter Burkhardt)

- 14.1.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland **63/2025**

Herr Burkhardt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 17.03.2025 vor.

Herr Schön brachte für die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag ein:

„Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt, obige Beschlussvorlage wie folgt zu ändern:

a) Unter III des Beschlussvorschlages wird der neue Satz 1 wie folgt umformuliert:
„Notwendige Beschlüsse werden entsprechend in die städtischen Gremien und Ausschüsse des Rates der Stadt Wilhelmshaven eingebracht.“

und

b) unter VI wird Satz 2 wie folgt umformuliert:

„Der/die jeweiligen Handlungsfeldverantwortliche nehmen beraten an den jeweiligen Fachausschüssen des Rates der Stadt Wilhelmshaven teil.““

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** berichtete **Oberbürgermeister Feist**, die Vorlage sei vom Kreistag des Landkreises Friesland bereits beschlossen. Sollten Änderungen vorgenommen werden, müssten diese daher mit dem Landkreis abgestimmt werden.

Abschließend begründete **Herr Schön** die SPD-Fraktion solchen Wert auf die Änderung lege. Nur so werde sichergestellt, dass der Rat involviert ist.

Der Änderungsantrag wurde daraufhin bei 12 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Burkhardt wies darauf hin, dass er mit den in Anlage A ab Seite 22 dargestellten Aufgaben des Strategierates Probleme habe. Dort seien einige Formulierungen enthalten, die im Nachgang weiter spezifiziert werden müssten. Generell halte er die Beschlussvorlage aber für zustimmungswürdig.

Herr Schön zeigte sich erfreut über die neu hinzugefügte Anlage F, die auf Intervention der SPD-Fraktion angepasst worden sei.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

(Änderungen zur Vorlage 279/2024 aufgrund der vom Rat am 19.02.2025 beschlossenen erneuten Diskussion einiger Punkte sind in Rot hervorgehoben.)

- I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt mit dem Landkreis Friesland die gemeinsame Strategie für die „Grüne Region am Meer“ (Anlage A). Sie basiert auf folgenden strategischen Zielen:
 1. Wir sind eine offene Gesellschaft mit einem starken Engagement für Mensch, Natur und Kultur.
 2. Wir erkennen relevante Transformationsprozesse und nutzen die sich daraus ergebenden Chancen.

3. Wir sorgen für Lebensqualität, Wohlbefinden und touristische Erlebnisse.
 4. Wir sorgen für eine hochwertige und inklusive Bildung in der Region.
 5. Wir sorgen für Wertschöpfung in der Region und etablieren eine starke, nachhaltig agierende Wirtschaft.
 6. Wir verstärken die Zusammenarbeit in einer vernetzten und zugänglichen Region.
 7. Wir nehmen unsere besondere Verantwortung für das UNESCO-Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer aktiv wahr.
- II. Benannte Projekte und Projektideen haben keine Bindungswirkung für den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern benannten Leuchtturmprojekte ist vorrangig und prioritär zu prüfen.
- III. ~~Für die Umsetzung der Strategie werden die im beigefügten Strategiedokument benannten Strukturen und Prozesse beschlossen.~~ Notwendige Beschlüsse werden entsprechend in die Gremien eingebracht. Die Verwaltungen koordinieren in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH die Strategieumsetzung.
- IV. Die Strategie gilt im Rahmen einer Erprobung zunächst für zwei Jahre. Zum Ende der Erprobungsphase findet eine Evaluation statt. Die Ergebnisse dienen als Entscheidungsgrundlage für die Fortführung der Strategie.
- V. Dem Strategierat gehören an:
- Vorsitzende/r
 - Handlungsfeldverantwortliche
 - Projektleiter Regionalmanagement
 - Hauptverwaltungsbeamte Wilhelmshaven und Friesland
 - ~~die jeweils zwei~~ vom Rat der Stadt Wilhelmshaven und von dem Landkreis Friesland bestimmten Mitglieder des Lenkungsausschusses Strukturwandel Kohleausstieg
- Der Lenkungsausschuss Strukturwandel Kohleausstieg bleibt für die Erprobungsphase **nur für Kohlestrukturprojekte** bestehen.
- VI. Für den Vorsitz und als Handlungsfeldverantwortliche werden für den Strategiezeitraum folgende Personen benannt:

Handlungsfeld	Verantwortliche/r
Vorsitz	Dr. Eva Maria Haarmann
1 - Gesellschaft, Engagement und Zusammenhalt	Ali Kara-Ali
2 – Chancen der Transformation	Prof. Dr. Karsten Oehlert
3 - Lebensqualität, Gesundheit und Tourismus	Anke Hieronymus
4 – Wissenschaft, Bildung und Fachkräfte	Anke Theiler
5 - Wertschöpfung und Wirtschaft	Britta Bartels
6 - Mobilität und Verkehrswende	Hans-Bernd Kamps
7 - Verantwortung Weltnaturerbe	Michèle Gürth

Der/die jeweilige Handlungsfeldverantwortliche nehmen beratend an den jeweiligen Fachausschüssen Teil.

Der Strategierat gibt sich eine Geschäftsordnung, welche vom Rat der Stadt Wilhelmshaven und vom Kreistag des Landkreises Friesland beschlossen ~~den Gremien beschlossen zur Kenntnis gegeben~~ wird.

VII. Für die Umsetzung der Strategie werden die in der beigefügten Anlage F benannten Strukturen und Prozesse beschlossen.

14.1.2 Strukturwandel Kohleausstieg, Besetzung Lenkungsausschuss

66/2025

Herr Burkhardt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 17.03.2025 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

- Der Rat der Stadt Wilhelmshaven benennt zu Mitgliedern im Lenkungsausschuss Strukturwandel Kohleausstieg:
 - Herrn Oberbürgermeister Carsten Feist (gesetzt)
 - Herrn Uwe Heinemann (Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt)

- Herrn Detlef Schön (Vorsitzender des Ausschusses für Planen und Bauen)
- Herrn Martin Burkhart (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Häfen)

2. Der bisherige Ratsbeschluss zur Benennung der Mitglieder des Lenkungsausschusses vom 15.12.2021 (Vorlage 365/2021) wird aufgehoben.

14.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Beigeordneter Bulla)

14.2.1 Antrag der Fraktionen CDU und SPD und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Stellenbewertung durch externe Gesellschaft ab EG 12/A 12 **578/2024**

Herr Bulla brachte den gemeinsamen Antrag ein.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zukünftig alle Stellen der Beamten ab A12 und der Angestellten ab EG 12 durch eine externe Gesellschaft (neu) zu bewerten / (zu verproben).

14.2.2 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Digitalisierung und Stellsituation in der Wohngeldstelle **500/2025**

Herr Fischer brachte den gemeinsamen Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat beschließt,
die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Einführung vorhandener Digitalisierungslösungen im Bereich der Wohngeldstelle zu prüfen und umzusetzen. Weiterhin soll der zusätzliche Einsatz von Personal zur Unterstützung bei der Abarbeitung des aktuellen Antragsstaus erfolgen. Im Zuge dieser Maßnahme soll die Organisation eines Stellenpools von Verwaltungsfachkräften für vergleichbare Überlastsituationen erfolgen.

14.2.3 Antrag SPD-Fraktion: Anpassung der Stellenbewertung für Reinigungskräfte **508/2025**

Herr Brandt brachte den Antrag ein und beantragte gleichzeitig, das Datum zu **ändern** auf „...bis spätestens 01.06.2025“.
Anschließend begründete er den Antrag.

Oberbürgermeister Feist wendete ein, es gehe nicht um eine Anpassung, sondern um eine Überprüfung der Möglichkeit. Daher bitte er, den Text zu ändern, so dass das Wort „überprüfen“ anstelle von „anpassen“ gesetzt werde. Anderenfalls halte er den Antrag für rechtswidrig, da eine Stellenbewertung nicht Sache des Rates sei. Im Falle einer Zustimmung zum unveränderten Antrag müsse er Einspruch erheben.

Herr Block stimmte der von Oberbürgermeister Feist vorgeschlagenen Änderung zu.

Frau Mandt wies darauf hin, dass bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen Einigkeit über die Änderung in den Passus „überprüfen“ bestanden habe. Daher könne sie nicht nachvollziehen, warum der Text in der Zwischenzeit nicht geändert worden sei. Mit der vorgebrachten Änderung werde die CDU-Fraktion dem Antrag aber gerne zustimmen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Suberg** informierte **Herr Brandt**, dass der Antrag für alle Reinigungskräfte gelten solle, auch für die der städtischen Töchter. Eine „Insellösung“ sei nicht gewollt.

Auch **Herr Tönjes** erklärte, die Zustimmung durch die Gruppe „Gemeinsam BUNT“.

Beschluss:

einstimmig zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 38 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Ratsbeschlusses 181/2012 wird aufgehoben. Die Bewertung der Stellen für Reinigungskräfte wird bis spätestens ~~01.04.2025~~ **01.06.2025*** ~~angepasst~~ **überprüft****. Der Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen wird über die Neubewertung informiert.

(geändert auf Antrag der SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Feist**
im Rat am 26.03.2025)*

14.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)14.3.1 Bebauungsplan Nr. 189, 2. Änderung -Westlich Neckarstraße - Besucherzentrum - 1. Behandlung der Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss **59/2025**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 18.03.2025 vor.

Herr Tönjes zeigte sich skeptisch, da das Grundstück zu Lasten der Stadt aufgewertet worden sei. Angesichts der Haushaltslage halte er das Vorgehen für unverständlich.

Herr Marušić erklärte, es gehe um ein Grundstück, das die Stadt von der Deutschen Bahn für 80 €/qm gekauft habe und dies für 90 €/qm weiterverkauft habe. Davon würden lediglich 3 qm in den Bauteppich einbezogen. Damit werde Planungsrecht für ein interessantes Projekt geschaffen, welches zur Attraktivitätssteigerung in diesem Bereich beitrage.

Herr Fischer und **Herr Werner** betonten die Vorteile dieses Projektes: Es werde ein zusätzliches touristisches Highlight geschaffen. Der dadurch entstehende Mehrwert werde seiner Einschätzung nach die Einnahme aus einem möglichen Verkauf noch übersteigen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 30 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt Seite 01 bis Seite 14). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 189, 2. Änderung – WESTLICH NECKARSTRASSE – BESUCHERZENTRUM – aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB) als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 24.02.2024 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigelegt.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 16:32 Uhr bis 16:47 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung erfolgte die weitere Beratung der Vorlagen aus dem Ausschuss für Planen und Bauen.

14.3.2 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Jadeallee /Wiesbadenbrücke" **64/2025**
- Beschluss zur fortgeschriebenen Kosten- und
Finanzierungsübersicht

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 18.03.2025 vor und brachte anschließend für die SPD-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt, obige Beschlussvorlage wie folgt zu ergänzen:

Dem fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsplan (KoFi) im Sanierungsgebiet Jadeallee/Wiesbadenbrücke wird zugestimmt unter der Bedingung, dass unter A 3.2 („sonstige Baumaßnahmen“) für die Gemeinbedarfseinrichtung „Pumpwerk“ 10 Mio. € eingestellt werden.“

Frau Mandt beantragte die **Verweisung** an den Ausschuss für Planen und Bauen. Dort sei die Vorlage bereits vertagt worden und dann in Ruhe gemeinsam mit dem Änderungsantrag beraten werden.

Nachdem die **Herren Schön** und **Fischer** ihre Zustimmung signalisiert hatten, wurde dem Verweisungsantrag von Frau Mandt **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: an Fachausschuss verwiesen

Der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) im Sanierungsgebiet *Jadeallee/Wiesbadenbrücke* wird zugestimmt.

14.3.3 Aufhebung Bebauungsplan Nr. 11 - Neubebauung Peterstraße 86 **65/2025**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 18.03.2025 vor.

Herr Fischer und **Herr Stump** signalisierten ihre Zustimmung und **Herr Tönjes** machte darauf aufmerksam, dass das Planungsrecht nach Aufhebung dennoch bestehen bleibe.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Aufstellung der Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 11 nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB wird zugestimmt.

14.3.4 Neuerstellung Mietspiegel**73/2025**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 18.03.2025 vor.

Herr Tönjes signalisierte die Ablehnung seiner Gruppe, da bei der Erstellung des Mietspiegels nicht sauber gearbeitet worden sei. Durch die Neuaufstellung entstünden nun Kosten, die bei einer Fortschreibung nicht angefallen wären und an anderer Stelle fehlten.

Frau Mandt erklärte, die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Man sei erfreut, dass der Mietspiegel nunmehr verbessert habe werden können. So sei endlich auch eine Vermieterbefragung durchgeführt worden und damit das tatsächlich Mietgefüge abgebildet. Dies wiederum sei wichtig für die Berechnung der Kosten der Unterkunft. Im Verwaltungsausschuss sei der Vergabe im Übrigen einstimmig zugestimmt worden.

Herr Marušić wies darauf hin, dass neben den Vertretern der Vermieter auch die Vertreter des Mieterbundes dem neuen Mietspiegel zugestimmt hätten.

Herr Fischer machte auf die Lenkungswirkung des Mietspiegels aufmerksam. Durch die Abbildung der Eigenschaften von Wohnraum würden qualitative Verbesserungen ermöglicht.

Herr Tönjes stellte klar, die Gruppe „Gemeinsam BUNT“ habe sich im Verwaltungsausschuss bei der Vergabe enthalten.

Herr Stump teilte mit, auch die AfD-Fraktion stimme dem Vorschlag zu. Der neue Mietspiegel sei gut und wichtig auch für die Vermieter.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 30 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen)

Der Neuerstellung des Mietspiegels zum 01.01.2026 wird zugestimmt.

14.4 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration
(Ratsfrau Schröder)14.4.1 Freiwillige Finanzierung des Anteils an Schulbildung in **42/2025**
Tagesbildungsstätten

Frau Schröder trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 27.02.2025 vor.

Herr Block teilte mit, er werde sich nicht an Diskussion und Abstimmung beteiligen.

Herr Burkhart beantragte die **Verweisung** an den Schulausschuss.

Der Verweisungsantrag wurde bei 11 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Brandt vermisste eine Information in der Beschlussvorlage über die Höhe des städtischen Anteils von 2,3 Mio. €.

Herr Fischer machte darauf aufmerksam, dass nach Auffassung des Ausschusses der Anteil der Beteiligung durch das Land höher hätte ausfallen müssen. Im Schulausschuss müsse unzweifelhaft das Thema als solches angegangen werden, dennoch müsse in diesem Fall zunächst die Finanzierung gesichert sein.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 27 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 10 Enthaltungen – ohne Beteiligung von Herrn Block)

Für alle Schülerinnen und Schüler einer Tagesbildungsstätte, die von der Stadt Wilhelmshaven ein Kostenanerkennnis für Eingliederungshilfeleistungen erhalten oder erhalten haben, wird im Sinne einer weiteren gesicherten Finanzierung der Beschulung bis zum Ende des Schuljahres 2024/2025 bis einschl. 2026/2027 auch der darin enthaltene Anteil der schulischen Bildung als freiwillige Leistung übernommen

14.5 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

14.5.1 Übertragung der Unterhaltungspflicht eines Gewässers III. Ordnung Nr. 18a von der Sielacht Rüstringen auf die Stadt Wilhelmshaven **2/2025**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 05.03.2025 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass die Unterhaltungspflicht des Gewässers III. Ordnung Nr. 18a von der Sielacht Rüstringen auf die Stadt Wilhelmshaven übertragen wird.

14.5.2 Radverkehrskonzept der Stadt Wilhelmshaven **52/2025**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 05.03.2025 vor.

Herr Schön beantragte die **Vertagung** bis zum Herbst, da das Konzept noch nicht umfassend genug mit allen Beteiligten sei.

An der Diskussion über den Vertagungsantrag beteiligten sich **Herr Marušić, Herr Fischer, Frau Zaage, Herr Tönjes** und **Herr Stump**.

Herr Fischer und **Frau Zaage** hielten eine Vertagung für nicht zielführend. Das Konzept sei eine allgemeine Richtschnur und könne beschlossen werden. Über die Einzelmaßnahmen könne auch zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden. Heute sei ein Beschluss jedoch wichtig, um den Prozess fortführen zu können.

Herr Tönjes und **Herr Stump** schlossen sich dem Wunsch nach Vertagung an, da man bislang noch nicht tief genug in die Materie habe einsteigen können und es noch Fragen zu klären gebe.

Herr Marušić wies darauf hin, dass heute kein Maßnahmenbeschluss gefasst werde. Die Vielzahl der Maßnahmen könne nicht En-bloc für die Zukunft beschlossen werden, sondern für jede dieser Maßnahme müsse detailliert in die Planungen eingestiegen werden. Dies sei erforderlich, um die einzelnen Maßnahmen beziffern zu können und in die jeweiligen Wirtschaftspläne der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, die für die Umsetzung zuständig seien, einfließen zu lassen. Er könne den Informationsbedarf durchaus nachvollziehen, doch genau dies sei nicht Ziel des heutigen Beschlusses. Heute solle das grundsätzliche Konzept als Handlungsgrundlage verabschiedet werden. Es sei jedoch auch möglich, im Herbst das Konzept inklusive aller Einzelmaßnahmen zur Beschlussfassung vorzulegen. Hier sei der Wunsch nach einer umfangreichen Information der Bevölkerung nachvollziehbar. Nur sei verwaltungsseitig vorgeschlagene Weg der einfachere, um ein Grundlagenkonzept zu erstellen, mit dem auch eine Beantragung von Fördermitteln zur Umsetzung möglich gewesen sei.

Der Vertagungsantrag wurde bei 22 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: vertagt

Der Rat beschließt das Radverkehrskonzept als Handlungsgrundlage für zukünftige Um- und Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur. Die erarbeitete Maßnahmenliste, die Bestandteil des Radverkehrskonzeptes ist, stellt eine Richtschnur für das Verwaltungshandeln dar.

14.5.3 Antrag SPD-Fraktion: Maade Rad- und Wanderweg

509/2025

Herr Brandt brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend. Gleichzeitig beantragte er für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung**:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, ~~den Maade Rad- und Wanderweg~~ **den Wanderweg von der Rüstersieler Klappbrücke bis zur Schleuse Maadesiel (Schöpfwerk)** auf Grundlage der reduzierten Variante im touristischen*

Entwicklungsplan von 2021 in den Wirtschaftsplan TBW2025 aufzunehmen.“

Nachdem **Herr Fischer** die Zustimmung der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW signalisiert hatte, appellierte **Frau Zaage**, den Antrag aufgrund der damit verbundenen Kosten abzulehnen.

Herr Schön forderte, endlich an die Umsetzung zu gehen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 30 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, ~~den Maade Rad- und Wanderweg~~ **den Wanderweg von der Rüstersieler Klappbrücke bis zur Schleuse Maadesiel (Schöpfwerk) auf Grundlage der reduzierten Variante im touristischen Entwicklungsplan von 2021** in den Wirtschaftsplan TBW2025 aufzunehmen. Veranschlagt werden sollen für Planungs- und ggf. Rodungskosten 10.000 Euro bis 20.000 Euro. Ferner sollen im Wirtschaftsplan 2026 für das Gesamtprojekt die entsprechenden Gelder für die weiteren Arbeiten eingestellt werden.

(geändert auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat am 26.03.2025)

14.6 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)

14.6.1 2. Fortschreibung der Spielraumplanung für 2024 bis 2028

4/2025

Herr Hager trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 12.03.2025 vor.

Herr Fischer dankte, ebenso wie zuvor Herr Hager, den Kollegen der Technischen Betriebe Wilhelmshaven für die Realisierung der Spielplätze.

Herr Baruschke, Frau Heide, Herr Brandt, Herr Walzner, Frau Mandt, Herr Tönjes und **Herr Stump** signalisierten ihre Zustimmung.

Frau Heide bat außerdem um Prüfung der Möglichkeiten zur Einrichtung selbstreinigender Toiletten in der Nähe der Spielplätze. Herr Brandt bemängelte die Personalsituation bei TBW und die Herren Baruschke und Walzner hielten die Stadtteile Südstadt und Voslapp bei der Verteilung der Spielplätze für benachteiligt. Da hier jedoch Nachbesserung versprochen worden sei, könnten auch sie zustimmen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Spielraumplanung 2024-2028 wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

14.6.2 Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven **69/2025**

Herr Hager trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 12.03.2025 vor und beantragte anschließend für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung:**

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. *Die Kita-Betragsstaffelung aus dem Jahr 2024 wird wie folgt geändert:*

<i>Stufe</i>	<i>Gesamtjahreseinkommen</i>	<i>Kostenbeteiligung in %</i>
1	bis 17.000,99 €	0%
2	17.001 € - 20.000,99 €	87,50 %
3	20.001 € - 25.000,99 €	100,00 %
4	25.001 € - 35.000,99 €	115,00 %
5	35.001 € - 45.000,99 €	125,00 %
6	45.001 € - 55.000,99 €	135,00 %
7	55.001 € - 65.000,99 €	150,00 %
8	65.001 € - 85.000,99 €	165,00 %
9	ab 85.0001 €	175,00 %

2. *Die Verwaltung übernimmt die beschlossene Tabelle für die Beiträge in der Kindertagespflege und legt dem Rat eine dementsprechende Beschlussvorlage vor.*
3. *Die Stadt Wilhelmshaven setzt sich im Land für eine Beitragsfreiheit im U3-Bereich ein.“*

Gleichzeitig beantragte **Herr Hager** die **Verweisung** an den Jugendhilfeausschuss.

Herr Tönjes erklärte, die Gruppe „Gemeinsam BUNT“ werde dem Vertagungsantrag zustimmen, da man den Änderungsantrag nicht mehr habe prüfen können. Außerdem wäre es schön gewesen, wenn die bisherigen Beschlüsse als Anlage zur aktuellen Beschlussvorlage beigefügt gewesen wären.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Heinemann** informierte **Herr Schönfelder**, es werde das bereinigte Nettoeinkommen zugrunde gelegt, um die jeweiligen Familienverhältnisse berücksichtigen zu können.

Herr Bulla hielt eine Verweisung für überflüssig – er hätte gern bereits heute entschieden.

Der Verweisungsantrag wurde bei 22 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss verwiesen

Die Kita-Betragsstaffelung aus dem Jahr 2024 wird ohne Änderungen für die kommenden zwei Jahre beschlossen. Anfang 2027 erfolgt eine erneute Überprüfung der Kita-Staffelung.

14.7 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

14.7.1 Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2024 bis 2033

77/2025

Herr Ehlers trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 20.03.2025 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Marxfeld** erklärte **Herr Marušić**, mit der gemeinsamen Nutzung der Räume sei versucht worden, Synergien zu nutzen. Die Räume würden ansonsten zum Teil vormittags überhaupt nicht genutzt. Das Vorgehen sei mit allen Beteiligten besprochen und deren Einverständnis erzielt worden.

Herr Bulla beantragte die folgende **Änderung** und begründete dies anschließend:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt **auf Grundlage der** die Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2024 bis 2033 **folgende Maßnahmen (...)**“*

An der folgenden Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Marušić, Herr Bulla, Herr Schönfelder, Herr Burkhardt, Herr Block, Frau Mandt** und **Frau Weinstock**.

Der Änderungsantrag wurde anschließend bei 25 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**,

Frau Mandt begrüßte, nunmehr eine verbindliche Handlungsvorgabe zu erhalten. Anderenfalls stünde ein verbindliches Ganztagsangebot für die Grundschulen in Frage. Auch die Mitnutzung der Musikräume der Musikschule durch das NGW werde durchaus positiv gesehen.

Herr Burkhardt bat zum einen um Klärung seitens der Verwaltung, ob die Stellungnahmen von Stadtelternrat und Stadtschülerrat vorlägen. Beide Parteien seien laut Schulgesetz anhöpfungspflichtig. Zum anderen halte er es für sinnvoll, nach der Ratssitzung die noch offenen Fragen endgültig zu klären.

Herr Schönfelder machte darauf aufmerksam, dass der Stadtelternrat an den vorangegangenen Beratungen beteiligt gewesen sei. Ihm sei jedoch nicht bekannt, ob von dort eine förmliche Stellungnahme vorliege. Hierzu werde er nachfassen.

Auf einen erneuten Hinweis auf das gesetzlich vorgesehene Erfordernis dieser Beteiligung schlug **Herr Schönfelder** vor, den Beschlusstext um die Worte

„...vorbehaltlich des Eingangs der schriftlichen Stellungnahme des Stadtelternrates...“ zu ergänzen.

Auf Nachfrage von **Herrn Schön** bestätigten **Herr Schönfelder** wie auch **Herr Burkhart** das Erfordernis der Beteiligung des Stadtelternrates

Frau Mandt sprach sich für den Vorschlag von Herrn Schönfelder aus. Ein Aufschub auf die nächste Ratssitzung koste hingegen zu viel wertvolle Zeit.

Frau Heide bat um Auskunft, ob für die gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten von NGW und Musikschule Fördermittel zur Verfügung stünden oder ob die Stadt dies allein finanzieren müsse. Gleichzeitig bat sie, auch die Aspekte einer inklusiven Beschulung bei den Planungen zu berücksichtigen.

Herr Marušić bestätigte, es werde versucht, Fördermittel zu akquirieren.

Herr Block erklärte, die SPD-Fraktion werde der Schulentwicklungsplanung zustimmen, nicht zuletzt um weitere Verzögerungen zu vermeiden. Gleichzeitig kündigte er an, über den Schulausschuss im weiteren Verlauf Forderungen stellen zu wollen. Ebenso werde einmal im Jahr ein Fortschrittsbericht zur Schulentwicklungsplanung wie auch die Berücksichtigung der räumlichen Diskussion und die pädagogische Nutzung erbeten.

Herr Marušić verwies auf die Anlage zur Beschlussvorlage, wo die Jahresabfolge zur Schulentwicklungsplanung mit aufgeführt sei. Demzufolge sollten mehr als dreiviertel der Maßnahmen in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden.

Herr Tönjes verlieh seiner Skepsis gegenüber einem Beschluss vorbehaltlich einer Stellungnahme Ausdruck, die scheinbar ohnehin keinen Einfluss habe.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(inklusive Änderungen, bei 28 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen)

1. **Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt auf Grundlage der die Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2024 bis 2033 folgende Maßnahmen* vorbehaltlich des Eingangs der schriftlichen Stellungnahme des Stadtelternrates**:**
*(geändert auf Antrag von Beigeordnetem Bulla * und des Ersten Stadtrates Schönfelder**)*
2. **Ganztagsbetrieb an Grundschulen:**
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass die Grundschulen im Stadtgebiet als Ganztagsgrundschulen betrieben werden und die notwendige räumliche, sächliche und personelle Ausstattung des Schulgebäudes sichergestellt wird und die anfallenden Kosten im Rahmen der Zuständigkeit getragen werden.

3. Maßnahmen aus der Schulentwicklungsplanung:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt auf der Grundlage der vorliegenden Schulentwicklungsplanung (SEP) 2024 folgende Maßnahmen:

3.1 Neue Grundschule

Die Realisierung einer zwei- bis dreizügigen Ganztagsgrundschule (GS) auf dem ehemaligen BBS-Standort in Heppens zur Sicherstellung des Raumbedarfes an den Grundschulen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungsaufträge hierzu zu erteilen. Für die verbleibenden Flächen auf dem Gelände der ehemaligen BBS Heppens sind Handlungsalternativen und ein Vorschlag zur weiteren Verwendung zu entwickeln.

3.2 Maßnahmen zur Sicherstellung des Ganztagsbetriebes an Grundschulen

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sicherstellung des Ganztagsbetriebes an Grundschulen die sich aus der SEP 2024 ergebenden Maßnahmen an den Grundschulen mit folgender Priorität und Zielsetzung umzusetzen:

Bis zum Beginn des Schuljahres 2026/ 2027

- a. GS Mühlenweg, Schellingstr. 17 – Mitnutzung der Mensa NGW
- b. GS Finkenburg, Posener Str. 111 – Umbau der „Pausenhalle“ zum Multifunktionsraum
- c. GS Sengwarden, Hauptstr. 26 – neue Speise-/Essens-/Betreuungsräume
- d. GS Hafenschule, Werftstr. 20 – neue Mensa/Küchen-/Betreuungsräume

Die GS Rheinstraße wird in Verbindung mit den Erweiterungsmaßnahmen (Ebertstraße 96) ab dem Schuljahr 2026/2027 den Ganztagsbetrieb realisiert haben.

Bis zum Beginn des Schuljahres 2028/ 2029

- e. GS Voslapp – neue Mensa/Küchen-/Betreuungsräume
- f. GS St. Martin – neue Mensa-/Küchenräume

Soweit möglich werden zur Finanzierung die Fördermittel zur Umsetzung des Ganztagsbetriebes an Grundschulen (ca. 2,8 Mio. Euro) und die für ausgewählte Grundschulen zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Förderprogramm Start-Chance (ca. 3,5 Mio. Euro) genutzt. Ergänzend erforderliche Mittel werden spätestens im WP GGS 2026 ff veranschlagt.

3.3 Maßnahmen zur Sicherstellung des Raumbedarfes an den weiterführenden Schulen

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sicherstellung des Raumbedarfes für eine Erhöhung der Zügigkeit an den weiterführenden Schulen folgendes umzusetzen:

- a. Für das Neue Gymnasium Wilhelmshaven werden im Gebäude Mühlenweg 61 - bei zukünftig gemeinsamer Nutzung des Gebäudes mit der Musikschule 6 Fachräume (z.B. Musik, Kunst) neu erstellt. Die bisher hierfür vorhandenen Fachräume der Sekundarstufe I im Bestand werden zukünftig als Klassenräume für die Raumbedarfe am NGW gemäß Schulentwicklungsplanung 2024 genutzt.
- b. Für die IGS Wilhelmshaven werden in einem Anbau die erforderlichen räumlichen Bedarfe aus der Schulentwicklungsplanung 2024, unter Berücksichtigung der bereits im jetzigen Zustand notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung des Raum- und pädagogischen Bedarfes, sichergestellt.

Ergänzend erforderliche Planungsmittel werden spätestens im WP GGS 2026 ff veranschlagt.

3.4 Maßnahmen zur Sicherstellung vom Raumbedarf an weiteren bestehenden Schulen

Die Verwaltung wird beauftragt unter Berücksichtigung der Ausführungen zu den raum- und pädagogischer Bedarfen in der SEP 2024 und aktueller Erfordernisse an weiteren bestehenden Schulen ein Maßnahmen- und Umsetzungskonzept zu erstellen. Zusätzliche notwendige Maßnahmen sind, sofern noch nicht im BV SEP 2024 enthalten, zur Beschlussfassung vorzulegen und/oder im Wirtschaftsplan GGS 2026 ff zu veranschlagen.

Relevante Maßnahmen aus der SEP 2024 und aktuellen Erfordernisse sind der Anlage zum Beschlussvorschlag zu entnehmen.

15 Anträge15.1 Antrag CDU-Fraktion: Nutzung von Fitnessseinrichtungen der Berufsfeuerwehr für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in Wilhelmshaven **512/2025**

Frau Mandt brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Herr Burkhardt signalisierte die Unterstützung der Gruppe „Gemeinsam BUNT“ und bat gleichzeitig, auch die anderen ehrenamtlichen Organisationen wie THW oder DRK in die Prüfung mit einzubeziehen.

Herr Fischer machte darauf aufmerksam, dass es sich um einen Prüfauftrag handele und die Belange der Berufsfeuerwehr berücksichtigt werden müssten.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in Wilhelmshaven die Möglichkeit besteht, die Fitnessseinrichtungen der Berufsfeuerwehr Wilhelmshaven zur Erhaltung der Einsatzfähigkeit zu nutzen.

Alternativ wird die Verfügbarkeit zur Teilnahme an vergünstigten Mitgliedschaften in Fitnessstudios geprüft.

Das Prüfungsergebnis wird dem Rat bis zum 30.06.2025 vorgestellt.

16 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zur Tagesordnung lagen nicht vor. Die Einwohnerfragestunde wurde geschlossen.

Ende der Sitzung: 18:13 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin